

Streit um Dukovany: EU stoppt tschechisches Atomkraftprojekt!

Tschechiens Regierung plant den Ausbau von Kernkraft in Dukovany, während rechtliche Hürden und EU-Vorwürfe den Fortschritt bremsen.



Dukovany, Tschechien - Die tschechische Regierung plant, ein Abkommen mit dem südkoreanischen Unternehmen KHNP (Korea Hydro & Nuclear Power) zur Errichtung neuer Kernreaktoren im Kernkraftwerk Dukovany zu unterzeichnen. Diese Initiative steht jedoch vor erheblichen rechtlichen und politischen Herausforderungen. Wie **oekonews.at** berichtet, hat das tschechische Antimonopolamt eine vorläufige Maßnahme ergriffen, die den Fortschritt des nuklearen Vergabeverfahrens stoppt. Dieser Schritt folgt auf formelle Beschwerden von unterlegenen Bietern, darunter das französische Unternehmen EDF und Westinghouse aus den USA, die mangelnde Transparenz und Fairness im Ausschreibungsprozess rügen.

Die tschechische Regierung sieht den Ausbau der Atomkraft als nationale Angelegenheit und ist überzeugt davon, dass dieser Schritt zur Verringerung des Stromverbrauchs bis 2050 nötig ist. Premierminister Petr Fiala hat angekündigt, dass statt nur eines Reaktors bis zu vier neue Blöcke errichtet werden sollen. Dies könnte wirtschaftliche Vorteile bringen, da der Bau so bis zu 25 Prozent günstiger sei, so die Worte von Fiala. Der Bau eines einzelnen Reaktors wird derzeit auf Kosten von 6,5 Milliarden Euro geschätzt, doch Experten warnen, dass die Gesamtkosten auf bis zu 20 Milliarden Euro ansteigen könnten, was hinsichtlich der Finanzierung besorgniserregend ist.

Rechtliche Hürden und europäische Auflagen

Die Gespräche zwischen dem tschechischen Staatsunternehmen ČEZ und KHNP laufen weiter, jedoch kann der Vertrag bis zur Klärung der Beschwerden nicht unterzeichnet werden. Die vorläufige Maßnahme des Antimonopolamts stellt sicher, dass die Auswahl von KHNP angefochten werden kann, während EDF und Westinghouse um eine Überprüfung der Vergabeentscheidung durch die Europäische Kommission bitten. Manfred Doppler, ein führender Projektvertreter, betont, dass ohne öffentliche Mittel das gesamte Projekt nicht finanzierbar wäre. Gleichzeitig äußert Gerold Wagner, ein Mitglied des Anti-Atom-Komitees, dass die Vorwürfe illegaler Förderungen dringend aufgeklärt werden müssen.

Europäische Auflagen spielen eine wesentliche Rolle: Der tschechischen Regierung wurde geraten, das Abkommen mit KHNP zu verschieben, da es Befürchtungen bezüglich unerlaubter Subventionen aufwirft. Laut den Informationen von **euractiv.com** sieht das Antimonopolamt die vorläufige Maßnahme als nicht endgültige Entscheidung, was den Fortgang des Projekts weiter in die Länge zieht und Zweifel an der Fairness des Ausschreibungsprozesses schürt.

Öffentliche Meinung und Zukunftsausblick

Trotz der Herausforderungen ist die öffentliche Zustimmung zur Atomkraft in Tschechien hoch, bei fast 80 Prozent, was auch von der Opposition unterstützt wird. Tschechien rechnet mit einem Anstieg des Stromverbrauchs bis 2050 um bis zu zwei Drittel, was das Drängen auf den Ausbau der Atomkraft zusätzlich verstärkt. Der tschechische Minister für Industrie und Handel, Lukáš Vlček, bezeichnet die aktuelle Situation zwar als „gewisse Komplikation“, sieht jedoch keinen unüberwindbaren Hindernis für den Fortgang der Ausschreibung. Die finalen Entscheidungen werden in naher Zukunft erwartet, da der Vertrag ursprünglich bis zum 31. März 2025 unterzeichnet werden sollte.

Die Diskussion um die neue Reaktorgeneration in Dukovany zeigt deutlich, wie komplex und vielschichtig die Entscheidungen um die Energieversorgung der Zukunft in Tschechien sind. Kritiker warnen jedoch vor unrealistischen Planungen inmitten einer chaotischen Situation. Die Zeit wird zeigen, ob sich das ambitionierte Vorhaben der tschechischen Regierung erfolgreich umsetzen lässt oder ob es weiterhin auf Widerstand stößt.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Dukovany, Tschechien
Quellen	• www2.oekonews.at • www.euractiv.com • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at